[ÖVP-Becker: "Zeitumstellung jetzt abschaffen"](http://eppgroup.eu/de/press-release/128101?usebuid=13568)

**EU-Umfrage zeigt: Riesige Mehrheit ist gegen zweimal jährliche Zeitumstellung. EU-Kommission muss umgehend handeln.**

Brüssel, 29. August 2018 (ÖVP-PD) "Das ist ein eindeutiges Ergebnis: Mehr als 80 Prozent der Umfrageteilnehmer wollen die zweimal jährliche Zeitumstellung abschaffen", freut sich der ÖVP-Europaabgeordnete Heinz K. Becker, einer der Initiatoren des Widerstands gegen die Zeitumstellung. "Die EU-Kommission ist jetzt gefragt, umgehend einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der diesem Umfrageergebnis entspricht. Denn eines ist klar: Die Zeitumstellung ist sinnlos und gefährlich - vor allem für Kinder und Senioren."

**Die Zeitumstellung ist sinnlos und gefährlich - vor allem für Kinder und Senioren.**

***Heinz K. Becker MEP***

"Denn die zweimal jährliche Zeitumstellung bringt keine Energieeinsparung, dafür stört sie die innere Uhr. Das bringt unter anderem ein deutlich erhöhtes Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Diese Erkenntnis ist längst per Medizin-Nobelpreis abgesichert", sagt Becker. "Zudem kann die Störung des Biorhythmus durch die Zeitumstellung besonders bei Kindern und älteren Menschen zu Schlaf- und Konzentrationsstörungen sowie zu Depressionen führen. Die Unfallquote im Straßenverkehr steigt in der Woche nach der Zeitumstellung regelmäßig um bis zu 30 Prozent. Damit muss jetzt Schluss sein, der Ausgang der öffentlichen EU-Konsultation spricht eine deutliche Sprache."

Nach einer Resolution des Europaparlaments in Frühjahr hatte die Europäische Kommission über den Sommer eine formelle, öffentliche Konsultation über den künftigen Umgang mit der zweimal jährlichen Zeitumstellung abgehalten. Diese ist zwar kein Referendum, wie sie betont. Doch haben mit 4,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern so viele wie noch nie teilgenommen, mehr als 80 Prozent sind gegen die derzeitige Regelung. "Ob schließlich dauerhaft die Normal- oder die Sommerzeit beibehalten wird, dazu erwarte ich mir Näheres im dringend nötigen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission", schließt Becker.